Zollkrieg und dem offenkundigen Gegensatz zu Frankreich ist jede andere Schlußfolgerung abwegig. Das Eingeständnis der Unfähigkeit des Kapitalismus, seine Absatzmärkte mit seinen Produktivkräften in Einklang zu bringen, ist und bleibt der Schlüssel zu allen sich aus dem Krieg und der Nachkriegszeit ergebenden Fragen der wirtschaftlichen und politischen Zerrüttung, die mit Naturgewalt neue Kriege heraufbeschwören müssen.

Doch weder Kriege noch auch nur Kriegsvorbereitungen können ohne weitgehende Unterstützung der breiten Bevölkerungsmassen durchgeführt werden. Der Appell an das Land bedeutet unter diesen Bedingungen eine Aufforderung zur Unterstützung des aktiven Imperialismus, zugleich aber auch eine Verschärfung des Klassenkampfes. Doch weder die Liberalen noch die Labour Party haben diesen beiden Gesichtspunkten offen Rechnung getragen. Die Liberalen wollten vielmehr ausschließlich die alte Freihandelsrosinante, während die Labour Party mit der Forderung einer radikalen Revision des Versailler Friedensvertrages, eines allumfassenden Völkerbundes, des Kampfes gegen die Schutzzollreform und der Erhebung einer Vermögensabgabe zur Abdeckung der Kriegsschulden hausieren ging. In keinem Falle war bei ihnen auch nur eine Spur von einer wirklichen Erkenntnis der politischen Bedeutung der internationalen Lage zu entdecken. Sie halfen vielmehr beide den offen imperialistischen Charakter des Wahlkampfes verdunkeln. Gewiß hatte die Labour Party versprochen, den Kampf auf höhere Warte zu führen, aber in der Praxis verfiel sie nur in einen Reichsreformismus. Sie schreckt zurück vor der Forderung der Zerreißung des Versailler Vertrages und will nur dessen schiedlich-friedliche Revision in einer Konferenz aller beteiligten Regierungen. Die Einberufung einer solchen internationalen Konferenz wäre für eine Arbeiterregierung ein durchaus richtiger Schritt, wenn sie sich im voraus der arbeiterfeindlichen Klassenhaltung der meisten Regierungen klar bewußt wäre und gleichzeitig die Gesamtarbeiterklasse mobilisierte, um auf die versammelten Regierungen einen starken proletarischen Klassendruck auszuüben. Doch das Bekenntnis der Labour Party zum bürgerlichen Parlamentarismus mit all seinen bürgerlichen Vorurteilen drückt ihre eigenen Forderungen auf das niedrige Niveau zurück. Was nützt es, das Banner des Sozialismus zu schwingen, wenn die eigenen Taten imperialistische Taten sind?

Die Stellung der Labour Party zur Frage Schutzzoll oder Freihandel zeigt ihre enge Wesensverwandtschaft mit der liberalen Partei. Sie will sich zwar weder für den einen noch für den anderen entscheiden, bekämpft aber gleichwohl den Baldwinschen Plan. Aber wie will sie verfahren gegenüber der Einfuhr von Waren aus Ländern mit billigen Arbeitskräften, um eine Lähmung der einheimischen Industrie zu verhindern? Darauf weiß die Labour Party keine Antwort, obwohl ein offenkundiger Ausweg in der staatlichen Kontrolle des gesamten Ein- und Ausfuhrhandels und der staatlichen Preisregulierung auf dem Innenmarkte gegeben ist. Sowjetrußland hat gezeigt, wie der Außenhandel mit Erfolg zum Vorteil der Gesamtheit betrieben werden kann, aber auch die Kriegswirtschaft in England hat dafür ausreichende Belege geliefert. Ohne die Außenhandelskontrolle müssen alle anderen Vorschläge für eine soziale Hebung der Arbeiterklasse versagen. Was nützt zum Beispiel eine Verringerung der Kriegsschuld durch Erhebung einer Kapitalabgabe, wenn die Anarchie des kapitalistischen Warenaustausches, die die Kriegsgefahren immer aufs neue erzeugt, fortbesteht? Was hat es für einen Sinn, den Farmern die Vorteile des Genossenschaftswesens zu verkünden, während man sie gleichzeitig schutzlos der zerrüttenden Konkurrenz der Kolonien ausliefert? Und so steht es mit jedem einzelnen Programmpunkt der Labour Party: Nirgends ist eine wirkliche Lösung erkennbar. Überall ist die Labour Party ein etwas vergrößertes Echo der liberalen Partei.

Durch die Anordnung der Neuwahlen zur Entscheidung solcher Streitfragen wurde die Labour Party in eine Lage gedrängt, in der man sie nur durch unbedingte Treue zu den Interessen der Arbeiterklasse von den kapitalistischen Parteien hätte unterscheiden können. Leider wagte sie diese Treue nicht öffentlich zu bekunden. Ihr Wahlkampf beschränkt sich auf die propagandistische Ausbeutung der Nöte der Arbeiterschaft, ohne zugleich einen scharfen Angriff gegen die kapitalistische Anarchie vorzutragen.

Was hätte geschehen müssen? Selbstredend bleiben wir dabei, daß nur die Diktatur des Proletariats die Befreiung der Arbeit sichern kann. Aber das bedeutet nicht, daß wir bei diesem Wahlkampf abseits stehen dürften. Wo immer ein Arbeiterparteiler kandidierte, war unser Weg klar vorgezeichnet: wir mußten ihn gegen Liberale wie Konservative unterstützen. (Kein Kommunist hat gegen einen Arbeiterparteiler kandidiert.) Der Kampf gegen die konfuse reformistische Führung der Labour Party ist ein innerer Kampf der Arbeiterbewegung, der im Kampf gegen den Klassenfeind zurücktreten muß.

Der Fortschritt der Labour Party wie der Kommunistischen Partei ist ein Vorrücken der Arbeiterschaft auf neue Kampfpositionen, wo der Kampf gegen den Reformismus sich in demselben Maße, wie er in die Pobleme der politischen Verwaltung hineingerissen wird, zuspitzt. Wenn schon die Kapitalisten die Probleme des Kapitalismus nicht lösen können, so ist es gewiß, daß die Führer der Labour Party, die sich politisch auf kapitalsfeindliche Kräfte stützen, sie erst recht nicht lösen können. Jeder einzelne Versuch, den sie auf diesem Gebiet unternehmen, würde nur die Massen desillusionieren, von deren Stimmen sie abhängen.

Die Wahlunterstützung der Labour Party durch die Kommunisten bedeutet keine Schwächung, sondern eher eine Stärkung der Kommunistischen Partei, die sich dabei die Eigenschaften zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse aneignet. Allerdings obliegt ihr dabei die Aufgabe, den Massen klar zu sagen, was ist, und ihnen die Kampfeswege und Kampfesmittel aufzuzeigen, die allein zu ihrem Siege führen können. Aus diesem Grunde hat die KP. ein eigenes konkretes Aktionsprogramm aufgestellt, aber dabei zugleich betont, daß ihre Forderungen nur durch tatsächlichen Klassenkampf, dessen Einzelheiten einer nationalen Konferenz aller Arbeiterorganisationen vorzulegen wären, verwirklicht werden können.

Keine Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und keine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter ist möglich ohne gewaltsame Eingriffe des Proletariats in die politischen und wirtschaftlichen Machtsphären der Kapitalistenklasse. Nur der energische aktive Klassenkampf verbürgt den Sieg. Und nur das Proletariat vermag die Menschheit vor dem Chaos und der Anarchie des Kapitalismus zu retten. Die Labour Party versteht weder den Charakter unserer Geschichtsepoche noch will sie den rücksichtslosen Klassenkampf gegen den Kapitalismus organisieren. Deshalb muß die KP. überall ihr Programm verkünden und verbreiten, um die Massen zu sammeln und sie durch Kampf zum Sieg führen.

Deutschland

Thesen zur Taktik des Oktoberrückzuges und zu den nächsten Aufgaben der KPD.

(Ausgearbeitet und vorgelegt im Auftrage der Mehrheit der Zentrale der KPD.)

I.

Die Lage vor den Oktoberereignissen.

Die politische Lage in Deutschland vor und während der Oktoberereignisse war objektiv im höchsten Grade revolutionär. Die Novemberrepublik war durch die internationalen Verwicklungen Deutschlands, wie sie sich aus der Liquidation des Ruhrabenteuers ergaben, durch den rapiden wirtschaftlichen Zerfall, durch die steigenden Klassengegensätze völlig erschöpft. Der Bürgerkrieg schien unvermeidlich. Die Koalitionsparteien beeilten sich, die demokratische Staatsform aus Furcht vor der nahenden proletarischen Revolution abzubauen. Sie übergaben den faschistischen Generalen die Macht, um die bürgerliche Gesellschaft und die kapitalistische Eigentumsform vor der proletarischen Diktatur zu retten. Die SPD. aller Schattierungen war die Wegbereiterin und die Schrittmacherin der weißen Diktatur, die die Herrschaft der Großbourgeoisie allein noch retten konnte.

II.

Fehler der Vorbereitung und der Strategie.

Der Rückzug der Partei in den Oktoberkämpfen kann nicht erklärt werden nur durch organisatorische, militärische oder technische Mängel, auch nicht durch das allgemeine ungünstige Kräfteverhältnis, das bei Einstellung der Partei auf Kampf weit ungünstiger stand als im Monat der Entscheidung, sondern vor allem durch die Fehler der taktischen, strategischen Haltung der Partei im Kampfe um die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats, die erst Voraussetzung des Erfolges war. Diese Fehler resultierten aus einer falschen theoretischen Einstellung über das Wesen des Bürgerkrieges und des bewaffneten Aufstandes und

der falschen Einschätzung der Rolle der Partei in diesen Kämpfen. Die Hauptfehler, die festzustellen sind, waren folgende:

a) Die Partei hat nicht rechtzeitig die Bedeutung der großen proletarischen Massenkämpfe im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und des Cunostreiks erkannt und daher daraus nicht sofort die notwendige Umstellung vorgenommen. Diese Kämpfe waren deutliche Zeichen aufsteigenden Kraftbewußtseins und Kampfwillens des deutschen Proletariats.

b) Die Partei hat die Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand auch nicht gleichzeitig mit der Konstatierung der Auflösung der Demokratie (Cunoepoche und Ruhreinmarsch) begonnen, sondern erst unmittelbar vor dem Aufmarsch der weißen Diktatur, daher die kurzfristige, überhitzte Vorbereitung auf die militärischen Kämpfe und die geringe Bewaffnung der Arbeiter in den entscheidenden Tagen.

c) Die Partei hat elementare Massenbewegungen vor den Oktoberereignissen bis zum „endgültigen Schlag" zu verschieben versucht und so die Massenbewegungen gedämpft statt gefördert. Die Presse und die Einheitsfrontorgane wurden zu wenig ausgenutzt, um den Kampf politisch vorzubereiten und einzuleiten. Hierdurch wurde der Kampf fast nur als Parteikampf und nicht als Einheitskampf des Proletariats aufgenommen; die Partei versäumte das Endziel der Partei: die Diktatur des Proletariats, eng mit den Übergangsforderungen und mit den Teilkämpfen zu verbinden.

d) Die Partei hat die Rolle und den Charakter der linken SPD.-Führer verkannt und in den Reihen der Partei die Illusion aufkommen lassen, als ob diese Führer mit der proletarischen Vorhut kämpfen würden.

e) In den Länderregierungen hat die Partei die Kampfpositionen nicht genügend ausgenutzt, um die Mobilisierung der Massen zum organisierten Widerstande durchzuführen.

f) Der Kardinalfehler der strategischen Einstellung war aber, daß die Partei sich nur auf einen „Endkampf" zur Eroberung der politischen Macht vorbereitete und die Einleitung von Teilkämpfen, Kämpfen mit Teilforderungen und mit weniger aggressiven Mitteln und Kampfmethoden ablehnte und verhinderte.

g) Aus diesem Kardinalfehler konstruierte man eine abstrakte Kalkulation der Kräfteverhältnisse, ohne die wirklichen Kräfteverhältnisse zu kennen und geprüft zu haben. Die Prüfung des Kräfteverhältnisses und die Terminsetzung des Endkampfes können erst aus den Kämpfen selbst errechnet und bestimmt werden. Diese falsche theoretische Strategie führte zum Ausweichen vor jedem Kampfe.

h) Schließlich zeigte sich in den entscheidenden Tagen der Partei allgemein eine Überschätzung der Bedeutung der Waffenzahl und eine gewisse Unterschätzung der enormen subjektiven Kraft und Opferbereitschaft der Vorhut des Proletariats (Lehren des Hamburger Kampfes) im Kampfe.

i) Die starre Einstellung darauf, nur aus der Verteidigung der mitteldeutschen Positionen zum entscheidenden Kampf überzugehen, war falsch. Nach Einzug der Weißen in Mitteldeutschland trat deshalb überall eine starke Desorientierung ein.

III.

Die Rolle der Partei in der Oktoberkrise.

Die Partei mobilisierte mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften und mit allen Mitteln den Widerstand gegen den Ansturm der weißen Diktatur. Sie ist aber im entscheidenden Augenblick, nachdem der Gegner die schärfste Offensive eröffnet hatte, diesem Kampfe ausgewichen. Dieses kampflose Ausweichen hat in die Massen Verwirrung getragen und das Vertrauen in die revolutionäre Führung des Proletariats geschwächt, die großen Sympathien zur kommunistischen Bewegung vermindert, das Kraftbewußtsein und Selbstvertrauen des Gegners gestärkt, die Zersetzung und Zerrüttung in den Reihen der weißen Banden gehemmt und so in einer objektiv revolutionären Epoche zukünftige Kämpfe des Proletariats erschwert. Das Zurückweichen der Partei auf und nach der Chemnitzer Konferenz ergab sich aus den genannten schweren Fehlern, der Vorbereitungen auf den Endkampf.

Der kampflose Rückzug war falsch, weil

a) die Partei und der aktive Teil des Proletariats, die auf den entscheidenden Kampf eingestellt waren, die kampflose Preisgabe der mitteldeutschen proletarischen Positionen nicht verstanden und die Notwendigkeit des Rückzuges nicht einsahen.

b) bei den schwankenden und mit der KPD. sympathisierenden Teilen des Proletariats und den verelendeten Mittelschichten das Vertrauen zur revolutionären Lösung der ökonomischen, politischen und nationalen Probleme durch die Partei stark geschwächt wurde.

IV.

Perspektiven der revolutionären Entwicklung.

Die in der Partei nach der Oktoberniederlage auf die Tagesordnung gestellte Frage: revolutionärer Aufschwung oder tiefes Wellental der Revolution? kann nur durch die Perspektive der internationalen Entwicklung beantwortet werden. Diese Frage ist auf das engste verknüpft mit der Frage der Entwicklung des kapitalistischen Systems und der Verschärfung oder Milderung der Beziehungen der imperialistischen Mächtegruppen und Staaten Europas zueinander. Das von seinen Rohstoffquellen und seinen wichtigsten Industriegebieten abgeschnittene Deutschland ist mehr als je von den internationalen Mächtegruppierungen und internationalen Beziehung dieser Gruppen untereinander abhängig. Trotz der scheinbaren pazifistischen Milderungen der letzten Wochen ist mit Bestimmtheit mit einer wesentlichen Verschärfung der internatinalen Beziehungen zu rechnen, die durch die Ausnutzung des Sieges der französischen Bourgeoisie über das Ruhrgebiet sich ergibt. Auch wirtschaftlich zeigen sich keineswegs Anzeichen einer Konsolidierung des Kapitalismus, sondern eine zunehmende Verschärfung der Klassengegensätze. Vor allem ist auch in Zentraleuropa (Deutschland, Polen, Österreich) eine außerordentliche Zuspitzung in Kürze zu erwarten. Der Aufstieg der revolutionären Welle in Mitteleuropa steht daher unmittelbar bevor. Dieser wird erfolgen in einem rascheren oder langsameren Tempo, je nachdem bei den objektiven revolutionären Krisen die subjektiv-revolutionären Kräfte beschleunigend oder zaghaft-lavierend eingreifen werden. Hierbei werden die Kampfbereitschaft und der Kampfwille des deutschen Proletariats von entscheidender Bedeutung sein.

Die weiße Diktatur wird sich in Deutschland auf lange Sicht nicht behaupten können, da die Grundlagen, auf die sie sich stützt, bereits zu wanken beginnen. Die Widerstände, die sie nicht meistern kann, sind:

a) Die internationale Abhängigkeit Deutschlands und der Widerstand Frankreichs gegen die starken Rüstungen;

b) der ökonomische Bankrott mit zunehmender und zusehends chronisch werdender Arbeitslosigkeit vor allem durch die Flucht des rheinisch-westfälischen Schwerkapitals in die Sphäre des französischen Imperialismus, wodurch Deutschland seiner wertvollsten Provinzen beraubt wird;

c) der vollständige Bankrott der Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden;

d) infolge des Finanzbankrotts die Unmöglichkeit, den Machtapparat des Staates und auch der militärischen Rüstungen auf die Dauer aufrecht zu erhalten;

e) die zunehmenden Gegensätze in den bürgerlichen Interessengruppen selbst, der Gegensatz des Großgrundbesitzes, der mittleren Eigentumsform und der Schwerindustrie;

f) das Proletariat, das durch die weiße Diktatur zwar deprimiert, aber nicht geschlagen ist;

g) die großen Schichten der Beamten, Angestellten, Techniker und des selbständigen kleinen Mittelstandes, die im rapiden Tempo proletarisiert und für den Klassenkampf reifer werden;

h) die landwirtschaftliche proletarische und halbproletarische Bevölkerung, die schneller radikalisiert wird;

i) der Faschismus, der ideologisch immer mehr durch den offenbaren Landesverrat der Schwerindustrie zersetzt wird.

Aus all diesen Gründen ist schon in den nächsten Monaten in Deutschland mit einer scharfen Zuspitzung und mit großen proletarischen Massenkämpfen zu rechnen.

V.

Die Rolle der Partei.

Die Partei ist nicht nur ein Teil, sondern der Vortrupp des Proletariats. Sie steht in der Arbeiterbewegung und in den Kämpfen des Proletariats nicht nur in, sondern einen Schritt vor den Massen. Bei notwendigem Rückzuge hat die Partei diesen den Massen rücksichtslos verständlich zu machen, dann wird sie auch im Rückzugskampfe sich das Vertrauen der Massen erhalten. Die Partei ist zugleich das Gehirn, das Nervensystem und der revolutionäre Wille der Massen.

Von ihrer Aktivität, von ihrer Entschlossenheit, ihrem Mute, ihrer Klarheit und Einsicht, ihrer Taktik und Strategie, ihrer Fähigkeit, mit den proletarischen Massen in engster Verbindung zu stehen und sie in den Massenkämpfen geschickt und um-

fassend zu lenken, hängt es ab, das Tempo der Revolution zu beschleunigen.

VI.

Die nächsten Aufgaben der Partei.

a) Die unmittelbar wichtigste Aufgabe der Partei ist, die Parteikaders so umzubauen, daß sie dem Ansturm der weißen Diktatur vollkommen standhalten, daß sie unbedingt ihren Charakter als Massenpartei behält und die weiteren Verbindungen mit den Massen aufrecht erhält und stärkt.

b) der Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, die Durchbrechung des Achtstundentages und den Lohnabbau muß überall von der Partei durch aufrüttelnde Propaganda und Verbreitung und Führung der Abwehrkämpfe organisiert werden. Selbst wenn solche Kämpfe zu einer Niederlage führen, müssen die Massen doch klar und deutlich erkennen, daß die Kommunistische Partei mit aller Kraft versucht hat, den Kampf aufzunehmen und zu führen;

c) die Partei muß überall an der Spitze der Erwerbslosen stehen, deren Kämpfe führen, sie steigern und einheitlich zusammenfassen; alle Erwerbslosen müssen erkennen, daß die Kommunistische Partei sich ihrer Notlage annimmt und für ihre Interessen kämpft;

d) die Verbindung der Partei mit den Arbeitermassen durch die Koordinierung der Erwerbslosenbewegung mit den Organen der Weimarer Konferenz, den Betriebsräten, Kontrollausschuß- und Hundertschaftsbewegungen sowie allen sonstigen Einheitsfrontorganen des Proletariats, Ausbau der Betriebsrätebewegung zu den stärksten Organen der Einheitsfront in allen Kämpfen des Proletariats;

e) die Führung der elementar ausbrechenden wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats in Verbindung mit der Betriebsrätebewegung und den Organen der Einheitsfront;

f) die politische Demonstration der Betriebsbelegschaften mit den Erwerbslosen, mit klaren, scharf umrissenen Parolen, mit wirtschaftlichen und politischen Forderungen;

g) besonders intensive Arbeit unter den Schichten der Beamten, Angestellten und Technikern, wie auch in der proletarisch-agrarischen Bevölkerung;

h) die Eroberung und Rettung der Gewerkschaften, die bei dem jetzigen Zusammenbruch durch die reformistische Führung erleichtert worden ist;

i) Zerstörung und Zerschlagung der Sozialdemokratischen Partei durch rücksichtslose Aufdeckung ihres konterrevolutionären Charakters. Dabei gilt es vor allem, den sozialdemokratischen Arbeitern jede Illusion über die Möglichkeit einer eventuellen Wandlung und Radikalisierung der SPD. durch die „linken" Führer zu nehmen;

j) die Führung der Kämpfe mit Teilzielen oder die Führung allgemeiner Kämpfe über das ganze Reich mit Teilzielen, gemeinsam mit den Organen der Einheitsfront;

k) den Kampf gegen die weiße Diktatur, mit den gleichen Methoden und Mitteln, die die weißen Söldlinge gegen uns anwenden;

l) die Partei muß die Parole der proletarischen Diktatur, der Diktatur der Bourgeoisie, ihrer Generäle und faschistischen Verbände anschaulich und lebendig gegenüberstellen, sie konkretisieren und sie bei allen auftauchenden Lebensfragen des Proletariats propagandistisch auswerten;

m) zu diesem Zweck muß die Partei ein Rettungsprogramm aufstellen, in dem die proletarische Diktatur als der einzige Weg zur sozialen und nationalen Befreiung der arbeitenden Schichten Deutschlands aufgezeigt wird.

VII.

Organisatorische und parteipolitische Aufgaben.

Die nächsten organisatorischen Aufgaben der Partei sind:

a) Die Umstellung der Partei auf die Betriebszellen, und zwar so, daß jede Funktion der Ortsorganisationen den Betriebszellen übertragen und von ihnen unter der Kontrolle der Partei durchgeführt wird;

b) die Umstellung der Orts- und Bezirksleitungen, und zwar so, daß die Vertreter der Betriebszellen in ihnen den entscheidenden Einfluß haben;

c) im Zentralausschuß muß den Vertretern der lebenswichtigen Betriebe und bedeutenden Industriezweige der stärkste Einfluß gesichert werden.

Die nächsten parteipolitischen Aufgaben der Partei sind:

a) Schärfste Zusammenfassung aller Kräfte der Partei;

b) Bekämpfung jedes Spaltungsversuches als konterrevolutionär, von welcher Seite er auch kommen mag;

c) das Schwergewicht der innerparteilichen Auseinandersetzungen auf ideologisches, nicht auf organisatorisches Gebiet zu verlegen, jedoch bei vollster Beibehaltung der kommunistischen Disziplin;

d) Beibehaltung, Vertiefung und zielbewußte Anwendung der Einheitsfronttaktik, wie sie auf den Kongressen der Kommunistischen Internationale festgelegt wurde.

Politik

Brief aus Frankreich.

Ein Jahr Ruhrbesetzung.

Von R. Albert (Paris).

** Die Ruhrbesetzung ist die vorherrschende Tatsache des zu Ende gehenden Jahres gewesen. Zwei andere noch markantere Tatsachen des Jahres 1923 — die Festigung der Reaktion und die scheinbare Stärkung der Sozialdemokratie — schließen sich eng daran an. Auf den ersten Blick scheint eine derartige Bilanz ganz zum Vorteile der alten kapitalistischen Welt zu sein. Dies ist es aber nur auf den ersten Blick, denn der Kampf der Klassen, die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaftsordnung, das Heranschreiten an den Kommunismus setzten weder gerade Wege noch einen ständigen Fortschritt voraus. Entgegen den Vorstellungen aller Ungeduldigen setzt die Gesellschaft auf gewundenen Wegen, die die Kommunisten übrigens sehr klar sehen, ihren Weg gegen das Ziel fort, das sie erstreben...

Fünf Jahre nach der Beendigung der Feindseligkeiten des großen Krieges „des Rechtes und der Zivilisation" betrat am 11. Januar 1922 eine „unsichtbare" Mission französischer Ingenieure das Ruhrgebiet, geschützt durch Tausende von Bajonetten, denen Tanks, Maschinengewehre, Kriegsluftzeuge vorangeschickt worden waren. Man sah ein entwaffnetes Land, einen der lebenswichtigsten Kreuzungspunkte der europäischen Produktion, von Soldaten überschwemmt, von Tressenträgern besudelt, zum Objekt eines fürchterlichen Militarismus gemacht. Es wäre in dieser Beziehung noch eine andere Bilanz zu ziehen als die politische: die der Zivilisation durch den Ruhrkrieg beigebrachten Verluste. Auf der Straße erschossene Passanten, arme Teufel von verspäteten Arbeitern, die des Abends von den Wachtposten grundlos erschossen wurden, mit unsinnig hohen Kontributionen belegte, durch Truppen gänzlich abgesperrte, der Post und der Straßenbahn beraubte Städte, all dies während vieler Monate „in Friedenszeiten". Dann das ungeheure Elend Deutschlands und tägliche Erschießungen Hungernder... Die Schrapnells von Mussolini, die in Korfu Kinderleiber zerfetzten, sind nur eine ganz winzige Folge der Aktion des Herrn Poincaré gewesen, die wirklichen Folgen wird man aber erst später bemerken. Dies macht aber dem Kriegshetzer nichts aus, sein „Sieg" ist vorläufig vollständig.

Die Aussichten, die dieser „Sieg" bietet, machen ihn vor allem dazu geeignet, auf den Friedhöfen gefeiert zu werden. Niemals noch hat der Sieg einer kapitalistischen Gruppe über eine andere den europäischen Kapitalismus so sehr erschüttert. Das tatsächlich in Stücke gerissene Deutschland (Lostrennung des Rheinlandes und Bayerns, Ohnmacht des Reiches in Sachsen und Thüringen) mit formeller Demokratie und tatsächlicher Diktatur, das bankrotte Deutschland, wo die Mittelklassen verschwinden, wo das Proletariat und die Reaktion sich in unaufhörlichem Ringen messen, bleibt an der Schwelle der Revolution, noch immer erstaunt darüber, daß sie sie nicht in der ersten Novemberwoche überschritten hat. (Herr Stresemann hatte ja mehr als genug angekündigt, daß er der „letzte" Leiter der konstitutionellen Regierung des Reiches sein würde.) Der „französische Rhein", die Verschmelzung des lothringischen Erzes und der Ruhrkohle, der Triumph der französischen Metallindustrie, ihre Vorherrschaft über Europa (Vasallentum Polens, der Tschechoslowakei, Rumäniens, Jugoslawiens, Kapitulation Deutschlands) lassen vor dem Angesichte Großbritanniens, das ohnehin von der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Loslösung der Dominions hart betroffen wird, die unerträgliche Drohung eines wiedererstandenen napoleonischen Reiches erstehen. Fortsetzung der Rüstungen: England baut Dreadnoughts und Unterseeboote. Die Vereinigten Staaten erfinden wunderbar mörderische Gase, auch unheimliche elektrische Maschinen. Der französische Generalstab führt — als großes Geheimnis — dem Präsidenten Masaryk